

Im Februar wurde bekannt, dass die Schulzahnklinik Riehen per 2014 nicht mehr als Teil der Schulzahnklinik Basel betrieben werden soll, sondern dass der Leistungsauftrag an eine private Zahnärzte-Firma vergeben wurde.

Im Bericht der Gemeinde Riehen "zur Weiterführung der Schulzahnklinik Riehen in den Jahren 2012-2014" vom April 2011 wird darauf hingewiesen, dass der Kanton Basel-Stadt im Bereich der öffentlichen Zahnpflege grössere organisatorische Umstrukturierungen plant. Weiter heisst es im Bericht, der Kanton habe seine Projektierungsarbeiten noch nicht abgeschlossen und könne erst Ende 2011 entscheiden, ob ein Filialbetrieb in Riehen noch in die Strategie passt.

In der Diskussion, die der Grosse Rat im September 2011 zum Gesundheitsgesetz führte, war einer der Streitpunkte die Verpflichtung des Kantons, öffentliche Zahnkliniken zu betreiben. Die Anträge, die den Kanton dazu verpflichten wollten, Zahnkliniken für Erwachsene, Jugendliche und Kinder zu betreiben wurden vom Grossen Rat abgelehnt. Der Regierungsvorschlag mit einer Kann-Formulierung setzte sich damals durch.

Im Protokoll zur Grossratsdebatte am 21. September 2011 ist jedoch nachzulesen, dass sich Regierungsrat Conti in seinem Schlussvotum zu den Anträgen zu §11 des Gesundheitsgesetzes folgendermassen äussert: "...Diese öffentlichen Zahnkliniken verfügen im Übrigen über eine breite Akzeptanz. Der Regierungsrat beabsichtigt in keiner Form, in diesem Bereich Privatisierungen vorzunehmen."

Offenbar hat nun aber der Kanton BS gegenüber der Gemeinde signalisiert, dass eine Weiterführung der Filiale in Riehen nicht mehr erwünscht ist, so dass Riehen den Leistungsauftrag an eine private Firma vergeben hat, um den Standort der Schulzahnklinik in der Gemeinde zu erhalten. Die Privatisierung der Schulzahnklinik Riehen steht also in direktem Zusammenhang mit der Strategieänderung des Kantons.

Vor diesem Hintergrund bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die Meinung, dass die oben zitierte Äusserung von Regierungsrat Conti in der Ratsdebatte vom 21. September 2011 weiterhin gelten soll?
2. Wie sieht die Strategie des Regierungsrates bezüglich der öffentlichen Zahnpflege für Kinder und Jugendliche im Kanton Basel-Stadt aus? Wurde die Auslagerung der Schulzahnklinik-Filiale Riehen bewusst in Kauf genommen?
3. Wie passt die Auslagerung der Schulzahnklinik-Filiale Riehen zur Beteuerung von 2011, dass keine Privatisierungen beabsichtigt sind?
4. Auf welcher Ebene bzw. in welchem Gremium wurde die Auslagerung der Schulzahnklinik-Filiale Riehen beschlossen? Wie nimmt der Regierungsrat die Kontrollfunktion über das Gesundheitswesen wahr?
5. Welche organisatorischen Umstrukturierungen im Bereich der öffentlichen Zahnpflege im Kanton Basel-Stadt wurden vorgenommen oder sind geplant? Wie sieht der Zeitplan aus?
6. Ist es möglich, die Bedingungen für Riehen so anzupassen, dass die Auslagerung der Schulzahnklinik-Filiale rückgängig gemacht werden kann?
7. Hat der Regierungsrat Kenntnis von den Auswirkungen auf die Gesundheitskosten, welche durch die Privatisierung der Schulzahnkliniken entstehen könnten?

Heidi Mück